

**Muster für die Ausstellung einer Bescheinigung
gemäß § 10g des Einkommensteuergesetzes (EStG)**

Antrag auf Grundlagenbescheid gemäß § 10g des Einkommensteuergesetzes (EStG)

Hier für:

Anlagen:

Rechnungstabelle

Sehr geehrte

auf Ihren o. g. Antrag hin erlässt (Eintrag Bescheinigungsbehörde) folgenden

B E S C H E I D

Die begehrte Bescheinigung wird hiermit für Aufwendungen in Höhe von

.... €

☐ einschließlich ☐ ohne Umsatzsteuer

ausgestellt.

1. Schutzwürdiges Kulturgut

a) Gebäude und Gebäudeteile

Es wird bestätigt, dass

☐ das Gebäude oder Gebäudeteil
Adresse des Objekts, bei einem Gebäudeteil zusätzlich genaue Beschreibung:

☐ ein Baudenkmal nach Art. 1 Abs. 1, 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDSchG) ist.

☐ Teil eines Ensembles nach Art. 1 Abs. 1, 3 BayDSchG ist.

b) Gärtnerische, baulich oder sonstige Anlage

(Bescheinigungsbehörde) bestätigt, dass

☐ die gärtnerische, baulich oder sonstige Anlage
[GärtnerischeAnlage]
ein Denkmal nach Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 BayDSchG ist.

c) Das Mobiliar, die Kunstgegenstände, Kunstsammlungen, wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken oder Archive

(Eintrag Bescheinigungsbehörde) bestätigt, dass

- ☐ das Mobiliar, die Kunstgegenstände, Kunstsammlungen, wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken oder Archive.

[BezeichnungGegenstand]

(Bezeichnung des Gegenstandes, zum Beispiel des Möbelstücks, Bildes, Buches, an dem die Maßnahmen durchgeführt worden sind)

- ☐ in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts oder ein Verzeichnis national wertvoller Archive eingetragen sind

oder

- ☐ sich seit mindestens 20 Jahren im Familienbesitz befinden und deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt.

d) Zugang von Wissenschaft und Öffentlichkeit

Das bezeichnete Kulturgut

- ☐ wird der wissenschaftlichen Forschung oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die schriftliche Erklärung des Eigentümers vom ... (vergleiche Nr. 2.2 der Bescheinigungsrichtlinie § 10g EStG – EStGBeschr § 10g) liegt der Bescheinigungsbehörde vor.
- ☐ wird nicht zugänglich gemacht, weil folgende zwingende Gründe dem entgegenstehen:

2. Aufwendungen

An dem o. g. Objekt in der Zeit vom ... bis ... durchgeführten Arbeiten die zu Aufwendungen in o. g. Höhe

geführt haben, waren im Sinne des § 10g EStG nach Art und Umfang zur Erhaltung

- ☐ des Gebäudes bzw. Gebäudeteils als Baudenkmal oder zu seiner sinnvollen Nutzung erforderlich,
- ☐ des schützenswerten äußeren Erscheinungsbildes des Ensembles erforderlich,
- ☐ des Kulturguts nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen der Denkmalpflege und des Archivwesens erforderlich.

Die anerkannten Aufwendungen sind in der anliegenden Rechnungstabelle, die Bestandteil dieser Bescheinigung ist, gekennzeichnet. Die Kosten sind durch die Rechnungen nachgewiesen worden.

Die Arbeiten sind vor Beginn und bei Planungsänderung vor Beginn der geänderten Vorhaben am ... mit der Bescheinigungsbehörde abgestimmt.

☐ Zusätzlich gehört zu den bescheinigungsfähigen Aufwendungen die Grunderwerbsteuer. Davon ist jedoch nur der Anteil begünstigt, der nach den Feststellungen der Finanzbehörden zu den Aufwendungen im Sinne des § 10g Abs. 1 Satz 1 EStG gehört.

3. Zuschüsse aus öffentlichen Kassen

Für die Maßnahmen ...(konkrete Baumaßnahme/Beschreibung der Maßnahme) wurde von einer der für Denkmalschutz, Denkmalpflege oder Archivwesen zuständigen Behörden)

☐ Zuschüsse von insgesamt ... € gewährt, davon wurden

☐ keine Zuschüsse gewährt.

Sollten nach Ausstellung dieser Bescheinigung Zuschüsse von einer für Denkmalschutz, Denkmalpflege oder Archivwesen zuständigen Behörde bewilligt, wird diese entsprechend geändert und der Finanzbehörde Mitteilung hiervon gemacht werden.

Die Empfängerin bzw. der Empfänger bleibt verpflichtet, für die Maßnahme vereinnahmte oder bewilligte Zuschüsse aus öffentlicher Kasse in seiner Steuererklärung der Finanzbehörde anzugeben, da sie zu einer Minderung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen führen.

4. Außergerichtliche Streitbeilegung

Sollten Sie der Auffassung sein, (Bescheinigungsbehörde) habe entscheidungserhebliche Informationen übersehen oder missverstanden, oder sollten Sie nachträglich in der Lage sein, erforderliche Nachweise zu erbringen, wenden Sie sich gerne an die zuständige Sachbearbeitung. (Bescheinigungsbehörde) wird Ihre Angaben prüfen. Bitte beachten Sie aber, dass die Klagefrist gemäß Rechtsbehelfsbelehrung unabhängig von einem solchen Vorgehen (ab-)läuft und danach förmliche Rechtsbehelfe gegen diesen Bescheid grundsätzlich ausgeschlossen sind.

5. Hinweis

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage beim Finanzamt.

Die Bescheinigung ist nicht alleinige Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuervergünstigung. Die Finanzbehörde prüft weitere steuerrechtliche Voraussetzungen.

Künftige Baumaßnahmen

Sollten Sie erneut eine Baumaßnahme am o. g. Objekt durchführen und dafür eine Steuerbegünstigung nach § 10g EStG nutzen wollen, bedarf die konkrete Baumaßnahme ebenfalls einer Abstimmung mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. Dies gilt z. B. auch, wenn sie einer anderen mit dem (Bescheinigungsbehörde) abgestimmten Baumaßnahme gleichkommt.

Es wird dringend empfohlen, sich jeweils frühzeitig über die zur jeweiligen Zeit geltenden Steuerbegünstigungen und deren Voraussetzungen zu informieren, z. B. auf der Internetseite des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

6. Kostenpflicht

Für diese Bescheinigung wird eine Gebühr in Höhe von ... € erhoben (Art. 1, 2, 6 des Kostengesetzes – KG – i. V. m. Tarif-Nr. 4.I.1/ der Anlage des Kostenverzeichnisses – KVz). Rechnung liegt bei.

Von der Festsetzung von Kosten wird gemäß Art. 16 Abs. 2 Satz 1 KG abgesehen.

7. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht München

Hausanschrift

Bayerstraße 30
80335 München

Postanschrift

Postfach 20 05 43
80005 München

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Seit dem 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Mit freundlichen Grüßen